

# grün journal

Das Magazin der Grünen Fraktion in der Bremischen Bürgerschaft

## Beiräte wählen Ortsamtsleitung

Die Aufgaben der Ortsamtsleitung werden jetzt von WahlbeamtInnen übernommen. Die Beiräte wählen die Ortsamtsleiterin bzw. den Ortsamtsleiter direkt. Dafür hat die Koalition auf grüne Initiative eine Gesetzesänderung vorgenommen. Das Ziel: So sollen Klagen und erhebliche Verzögerungen bei der Besetzung von vakanten Ortsamtsleitungen verringert werden. „Die OrtsamtsleiterInnen schaffen die Grundvoraussetzungen für gute Beiratsarbeit in den Stadtteilen. Über Jahre unbesetzte Stellen, wie das vor unserer Gesetzesnovelle der Fall war, sind unzumutbar“, so die für Beiräte zuständige Sprecherin Marie Hoppe.

## Fluglärm deutlich verringern

Für Starts und Landungen in den Nachtstunden werden auf dem Bremer Flughafen jetzt höhere Gebühren erhoben, wie es die Grünen mit einer Parlamentsinitiative gefordert hatten. Die Gebührenerhöhung ist ein erster Schritt, um die vielen Menschen im Umkreis des Airports besser vor Fluglärm zu schützen. Die Lage des Flughafens quasi mitten in der Stadt zwingt zu strengen Auflagen bei den Flugzeiten. Denn auf Dauer kann Fluglärm krank machen. Ob die Gebühren hoch genug ausfallen, um die Flugbewegungen in der Nacht deutlich zu begrenzen, muss frühzeitig überprüft werden.



**B**remen ist erneuerbar. Auf dem Weg zu einem Bundesland, in dem der Klimaschutz und soziale Zusammenhalt großgeschrieben wird, sind wir in den vergangenen zwei Jahren weitere Schritte vorgekommen. Die Grüne Fraktion hat dafür viele wichtige Entscheidungen getroffen: Für den massiven Ausbau der Kinderbetreuung und die Finanzierung der Schulreform. Für die nachhaltige Energie- und Verkehrswende. Für bezahlbaren Wohnraum. Für die bessere Integration von Flüchtlingen und MigrantInnen. Mit dem Landesmindestlohngesetz, der Sperrung unserer Häfen für Atomtransporte und dem Vorstoß für ein kommunales Wahlrecht lange hier lebender AusländerInnen hat Bremen eine bundesweit beachtete Vorreiterrolle übernommen.

Ein finanzieller Schwerpunkt bleibt, Kinder und Jugendliche im Kindergarten und in der Schule individuell zu fördern und ihnen so gleiche Chancen zu eröffnen. Wir haben mehr Ganztagschulen geschaffen und die Klassengrößen verringert. Trotz sinkender Schülerzahlen sind alle Lehrerstellen wiederbesetzt worden. Dennoch läuft bei der Schulreform bisher nicht alles so rund, wie SchülerInnen und Eltern das erwarten. Nachhaltige Veränderungen brauchen jedoch Zeit. Um die Schulen im inklusiven Reformprozess mehr zu unterstützen, werden die Mittel für den Bildungsbereich deutlich erhöht. Die berechtigten Forderungen sollten allerdings nicht den Blick darauf

verstellen, dass viele Schulen bereits heute ausgezeichnete Arbeit leisten und darauf stolz sein können.

Um die Zukunftschancen unserer Kinder und Enkel nicht zu gefährden, müssen wir den Haushalt ins Lot bringen. Auch wenn das unpopulär ist. Die ungezügelte Staatsverschuldung in den vergangenen Jahrzehnten hat dazu geführt, das bereits heute vieles Wünschenswerte nicht finanzierbar ist. Wir müssen die Schuldenmacherei überwinden. Denn immer neue Kredite bedeuten immens hohe Zinszahlungen, die den finanziellen Handlungsspielraum z.B. für Bildung oder Soziales dramatisch einschränken. Eine hohe Staatsverschuldung trifft am Ende die Ärmsten. Das gilt es zu verhindern.

Eine reine Jubelbilanz wollen wir nicht präsentieren. Die bisherigen Pisa-Ergebnisse, die angespannte Situation der Krankenhäuser oder auch die wirtschaftliche Entwicklung in Bremen-Nord können nicht zufrieden stellen. Um das zu verbessern, liegt noch viel Arbeit vor uns. Dennoch ist durch unsere Regierungsbeteiligung in Bremen vieles spürbar besser geworden. Auf den folgenden Seiten dieses Halbzeit-Journals geben wir Ihnen darüber einen Überblick.

Ihr

(Fraktionsvorsitzender)

# Grünes Licht für Verkehrswende

FußgängerInnen und RadfahrerInnen erhalten in der Verkehrsplanung stärkeres Gewicht. Die Infrastruktur für die schwächsten VerkehrsteilnehmerInnen wird ebenso verbessert wie ihre Verkehrssicherheit. Um der Verkehrswende mehr Schwung zu verleihen, hat die Grüne Fraktion viele Parlamentsinitiativen angeschoben. Denn ein erhöhter Anteil von Rad- und Fußverkehr verbessert die Lebensqualität der BremerInnen und erhöht die Aufenthaltsqualität in der Stadt. Davon profitieren gerade auch Handel und Tourismus.

Wie wenig die Interessen von RadlerInnen und FußgängerInnen in der Vergangenheit berücksichtigt wurden, zeigen viele Beispiele in der Stadt: Rad- und Fußwege enden im Nichts; beide Verkehrsarten drängen sich mit hohem Konfliktpotenzial auf engem Raum neben überdimensionierten Straßen für Kraftfahrzeuge; lange Rot-Phasen an Ampeln, zu wenige Rad-Abstellplätze, umständliche Straßenquerungen sowie mit Werbetafeln und parkenden Autos versperrte Gehwege verleiden manchen die umweltfreundliche Fortbewegung. „Das geht besser“, ist Ralph

Saxe überzeugt. Der verkehrspolitische Sprecher verweist darauf, dass der Rad- und Fußverkehr angesichts von Ölverknappung und damit teurem Benzin, Klimawandel und alternder Gesellschaft eine wachsende Bedeutung hat.

Um etwa den Radanteil auf 35 Prozent bis 2025 zu erhöhen, müssen jedoch die Rahmenbedingungen stimmen. Um den ZweiradfahrerInnen den täglichen Weg zu erleichtern, sind Fahrradstraßen, Lückenschlüsse der Radwege, die Ertüchtigung der Radroute zwischen City und Uni, längere Grünphasen für RadlerInnen und mehr Schutzstreifen auf der Straße vorgesehen. Angesichts der Unfallhäufigkeit beim Abbiegen wird in neuralgischen Kreuzungsbereichen mit Farbmarkierungen die Sicherheit von RadfahrerInnen und FußgängerInnen erhöht. Beschlossen ist zudem, mit Piktogrammen direkt auf der Straße die Verkehrsregeln zu verdeutlichen und die Rücksichtnahme zu fördern. Die aufgemalten Zeichen können z.B. auf den zulässigen Radverkehr auf der Straße hinweisen oder in Tempo-30-Zonen etwa im Umfeld von Schulen an die

Geschwindigkeitsbegrenzung erinnern. Außer auf Haupttrouten der Wirtschaftsverkehre fordert die Fraktion die Ausweitung von Tempo 30, weil das die Verkehrssicherheit erhöht und den Lärm verringert. Um FußgängerInnen das Leben zu erleichtern, sollen u.a. bessere Querungsmöglichkeiten geschaffen werden. Zu schmale Rad- und Fußwege sollen entzerrt werden, um Konflikte zu vermeiden. Dafür soll der Radverkehr verstärkt auf die Straße geführt werden und der öffentliche Verkehrsraum so gerechter als bisher verteilt werden.

„Wir wollen die Belange von FußgängerInnen angemessener berücksichtigen. Denn gerade unter ihnen befinden sich viele schwächere VerkehrsteilnehmerInnen wie Kinder, ältere Menschen, RollstuhlfahrerInnen oder auch seh- und hörbehinderte Menschen. Auch ein hoher Anteil von RadfahrerInnen ist gut für die Stadt. Schließlich ist Radfahren nicht nur leise, sondern auch preiswert, gesund und oft schneller. Nicht zuletzt verringert der Umstieg auf 's Rad die Schadstoffe und hebt so die Lebensqualität“, betont Ralph Saxe.



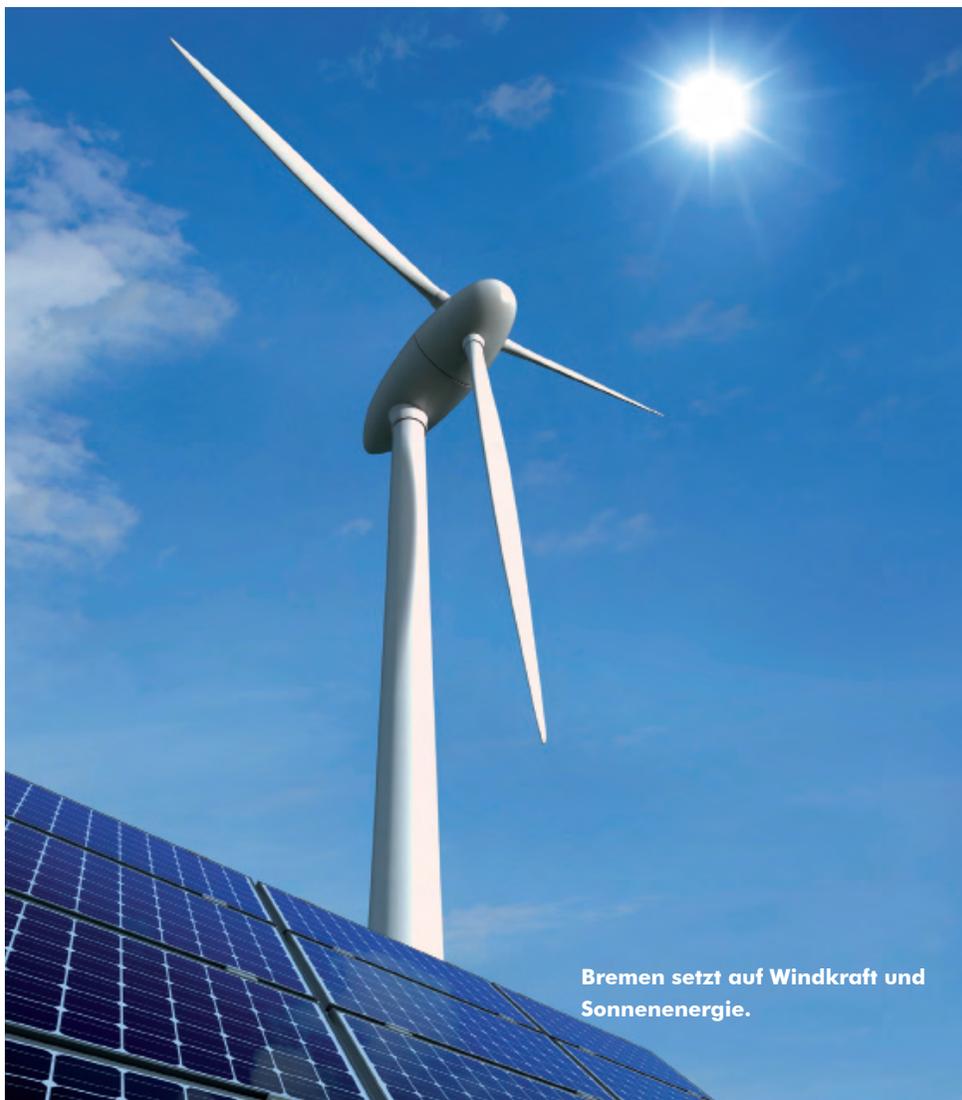
Sollen die Sicherheit erhöhen:  
Piktogramme auf der Straße.

## LÄRMSCHUTZ-PROGRAMM BESCHLOSSEN

Quietschende Züge, brummende Lastwagen, dröhnende Flugzeuge – Lärm ist ein Umweltgift, das auf Dauer krank machen kann. Weil die Bahnstrecken durch die Stadt führen und auch der Flughafen citynah ist, sind viele BremerInnen vom hohen Lärmpegel betroffen. Mit der Inbetriebnahme

des Jade-Weser-Ports rollen künftig rund ein Drittel mehr Güterzüge durch Bremen. Die Grüne Fraktion will den Schutz der vielen Lärmgeplagten im Rahmen der begrenzten städtischen Möglichkeiten verbessern. Auf Initiative der Fraktion ist das kommunale Lärmschutzaktionsprogramm

auf inzwischen 850.000 Euro aufgestockt worden. Damit soll zunächst an der Oldenburger Kurve im Zuge des Gleisausbaus für die AnwohnerInnen der Lärmschutz möglichst effektiv erhöht werden. Danach soll an weiteren neuralgischen Punkten im Stadtgebiet für besseren Lärmschutz gesorgt werden.



Bremen setzt auf Windkraft und Sonnenenergie.

## Rückenwind für Energiewende in Bremen

Die Energiewende in Bremen kommt mit grüner Regierungsbeteiligung weiter voran. Die Fraktion hat sich mit Initiativen u.a. für den Ausbau der Solarenergie, die Erstellung eines Wärmeatlas und bessere Bedingungen für dezentrale Projekte von BürgerInnen eingesetzt. Erstmals wird eine Windkraftfläche für eine Energiegenossenschaft reserviert. Geprüft wird noch, inwieweit sich die Stadt unternehmerisch an den Netzen und der Energieerzeugung beteiligen kann – von der Windenergie über Photovoltaik bis zu Blockheizkraftwerken und Biogasnutzung. Nicht zuletzt setzt sich Bremen nach einem Vorstoß der Fraktion im Bundesrat für gerechtere Strompreise ein. Zudem müssen die unverantwortlichen Pläne von Schwarz-Gelb zur EEG-Umlage gestoppt werden, die die Offshore-Windenergie und Arbeitsplätze gefährden.

Die Kosten der Energieversorgung und des Ausbaus der Erneuerbaren Energien werden von der schwarz-gelben Bundesregierung ungerecht zu Lasten der Privathaushalte

sowie kleinerer Unternehmen verteilt. Mit der Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes wurde der Kreis von Firmen, die sich von der EEG-Umlage befreien können, im großen Stil ausgeweitet. Die Umlage ist der Aufpreis auf jede Kilowattstunde, den StromverbraucherInnen für den Ausbau der erneuerbaren Energie zahlen. Mit jedem Unternehmen, das befreit wird, steigt der Kostenanteil, den die VerbraucherInnen zu schultern haben. Von den Ausnahmen profitieren nicht allein stromintensive Unternehmen, die im internationalen Wettbewerb stehen, sondern längst auch Mastbetriebe oder Mineralwasserabfüller. „Schwarz-Gelb lässt immer mehr Ausnahmen von der EEG-Umlage zu und zettelt gleichzeitig eine Debatte über Energie als Luxusgut an. Anders als von der Bundesregierung verbreitet, sind nicht die Erneuerbaren Energien der Preistreiber bei den Strompreisen. Sie haben im Gegenteil preisdämpfende Effekte an der Strombörse, während fossile Energien wie Öl und Kohle erhebliche Preisanstiege verzeichnen. Wir

wollen erreichen, dass die Kosten unserer Energieversorgung gerecht verteilt werden. Die Ausnahmeregelungen müssen abgebaut und VerbraucherInnen entlastet werden“, betont die energiepolitische Sprecherin Anne Schierenbeck.

Während Bremen mit dem Offshore-Terminal einen erheblichen Beitrag zur Energiewende leistet, will Schwarz-Gelb insbesondere den Ausbau der Windenergie ausbremsen. Mit der geplanten pauschalen Absenkung der EEG-Vergütung für Windkraftanlagen und Eingriffen in den Bestandsschutz alter Anlagen machen CDU und FDP Investitionen in eine tragende Säule der Energiewende unkalkulierbar. „Die Bundesregierung schafft große Verunsicherung bei Investoren, um Erneuerbare Energien auszubremsen. Es wird immer deutlicher, dass Schwarz-Gelb die Erträge der Atom- und Kohlekraftwerksbetreiber auf Kosten der Energiewende retten will“, so Anne Schierenbeck.

Unterdessen gibt die Fraktion dem Ausbau von Erneuerbaren Energien in Bremen einen weiteren Schub. So sollen jährlich mindestens 2000 Quadratmeter öffentlicher Dachflächen für die Nutzung von Photovoltaik bereitgestellt werden. Dabei sollen auch die Lagerhallendächer in den Häfen mit mehr Photovoltaik-Anlagen bestückt werden. Im Rahmen von Contracting-Modellen können mit dem eigens erzeugten Solarstrom auf öffentlichen Dächern auch Haushaltsrisiken infolge steigender Energiepreise verringert werden. „Photovoltaik-Anlagen rechnen sich aus ökologischer und ökonomischer Sicht. Davon profitieren Gebäudeeigentümer angesichts stetig steigender Energiepreise und zugleich wird das Klima geschützt“, erklärt Anne Schierenbeck. Die Fraktion hat sich dafür eingesetzt, dass bei der Ausweisung von Photovoltaik- und Windkraftflächen fortan für Energiegenossenschaften von BürgerInnen ein bestimmter Flächenanteil reserviert wird.

Auf Initiative der Fraktion wird zudem ein Wärmeatlas erstellt. Anhand einer Analyse der vorhandenen Gebäude und prognostizierter Wärmedämmung wird dabei berechnet, wie sich der Wärmebedarf in den Straßenzügen entwickelt. Wenn künftig ein Großteil des Stroms aus Erneuerbaren Energien kommt, können bei Fluktuation von Wind- und Solarstrom Kraftwerke einspringen, die nach dem Prinzip der Kraft-Wärme-Kopplung arbeiten. Dafür ist jedoch ein Ausbau der Fernwärmenetze erforderlich. „Auch die Energie für die Wärmeversorgung von Gebäuden soll aus regenerativen Quellen kommen. Daher brauchen wir jetzt schon eine Planungsgrundlage, um möglichst frühzeitig die Infrastruktur vorzubereiten“, erläutert Anne Schierenbeck.

# Bildung

Die Schulen erhalten mehr Lehrkräfte. Worauf es bei der Bildungsreform nun ankommt, erklärt Sülmez Dogan im Interview.

**F**ast 200 zusätzliche LehrerInnen sind für die Schulen im Land Bremen vorgesehen, um die Unterrichtsqualität zu erhöhen, Stundenausfälle besser zu vermeiden und die Inklusion zu meistern. Welche Schritte der ambitionierten Schulreform jetzt wichtig sind, erläutert die bildungspolitische Sprecherin Sülmez Dogan im Interview.

**Die Schülerzahlen sind gesunken, alle Lehrerstellen wiederbesetzt worden, es gibt deutlich mehr Ganztagschulen und der konsumtive Etat für Schulbildung ist aufgestockt worden: Trotzdem haben Eltern den Eindruck, bei Bildung werde gespart. Woran liegt das?**

**Sülmez Dogan:** Im Bildungsbereich hat Rot-Grün die Weichen neu gestellt. Wir sind froh, dass es uns gelungen ist, trotz Haushaltsnotlage weitere zusätzliche Mittel in den Bildungsbereich zu stecken. Das war keineswegs selbstverständlich. Wir nehmen die geäußerte Kritik sehr ernst und deshalb ist es uns Grünen besonders wichtig, dass wir bei diesen großen Herausforderungen intensiv mit den Eltern und Schulen im Gespräch sind und dort gemeinsam nach Lösungen suchen, wo dies nötig ist.

**Werden die anspruchsvollen Reformvorhaben fortgesetzt?**

Natürlich! Die Veränderungen an den Schulen sind sehr groß. Sie leisten viel, um die Schulstrukturreform umzusetzen. Das geht aber nicht von einem Tag auf den anderen. Jetzt muss es um die Umsetzung und die inhaltliche Ausgestaltung gehen. Die Qualität des Unterrichts ist wichtig, denn hiervon hängt es wiederum ab, wie gut SchülerInnen lernen können. Die Schulen brauchen somit Zeit, die inhaltliche Ausgestaltung bei der Oberschule, der inklusiven Beschulung und den Ganztagsunterricht umzusetzen. Dabei wollen wir sie unterstützen.

**Sie haben sich in vielen Schulen selbst ein Bild gemacht: Was läuft gut, wo hakt's?**

Bei den Schulbesuchen ist deutlich geworden,

dass es in Bremen und Bremerhaven viele hervorragend arbeitende Schulen gibt. Es gibt aber auch Schulen, die sich noch entwickeln müssen. Diese Schulen brauchen Unterstützung bei der Entwicklung eigener Schulkonzepte. Generell höre ich bei den Gesprächen in den Schulen, dass die Einführung der Oberschulen und die Inklusion begrüßt werden. Das freut mich sehr.

**Was folgt daraus aus Ihrer Sicht?**

Am wichtigsten ist es jetzt, die Schulen bei den Reformen intensiv zu unterstützen. Dabei sollte überlegt werden, an welchen Stellen sie mehr Autonomie in ihren Entscheidungen brauchen, um gute Arbeit leisten zu können. Das Thema Selbstständigkeit von Schulen ist für uns Grüne wichtig. Die Schulen bekommen mit mehr Selbstständigkeit bessere

**„Am wichtigsten ist, die Schulen bei der Reform zu unterstützen.“**

**Sülmez Dogan**

Gestaltungs- und Entscheidungsmöglichkeiten für die jeweilige Schule und können die Mittel sehr gezielt einsetzen. Dieser Wunsch wurde uns bei den Schulbesuchen auch häufig geäußert. Ein weiterer Bereich ist der Übergang vom Kindergarten in die Grundschule. Dabei ist die Sprachförderung ein zentraler Baustein. Auch die interkulturelle Bildung sollte in Zukunft noch stärker in den Fokus genommen werden – sowohl im Kita-Bereich, als auch in der Schule.

**KritikerInnen sagen, der Ganztagschulausbau sei eher ein Betreuungs- statt Bildungsprojekt, weil das Lernen kaum über den Tag verteilt werde. Was entgegnen Sie?**

Die Situation an den Ganztagschulen ist sehr unterschiedlich: Manche sind seit vielen Jahren dabei und unterrichten alle Schülerinnen und Schüler im Ganztag, andere fangen hingegen gerade erst an und entwickeln ihr pädagogisches Profil. Da muss man unterscheiden. Es ist wichtig, dass die Schulen die Möglichkeiten, die der Ganztag bietet, auch voll ausschöpfen: nämlich den Unterricht zu rhythmisieren und alle Kinder gezielt zu fördern. Das beinhaltet auch eine intensive Verzahnung der Schulen unter anderem mit Einrichtungen der Jugendhilfe, Kultur und Sportangeboten. Da ist sicher noch vieles möglich, um sich konsequent an den Interessen und Bedürfnissen der Kinder und Jugendlichen zu orientieren.

**Vollenden Sie den Satz: „Bildung im Haushaltsnotlageland Bremen...“**

... ist eine anspruchsvolle, aber auch spannende Herausforderung. Trotz der knappen Kassen bewegen wir an den Schulen viel und sind auf einem guten Weg. Das bedeutet für uns Grüne grundsätzlich, dass auch in Zukunft der Bildungsbereich mit ausreichend finanziellen Mitteln ausgestattet werden muss, und da wo es sinnvoll und geboten ist, auch zusätzliches Geld eingesetzt wird. “



# Wir sind das Volk

Über 80.000 Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit leben in Bremen. Sie arbeiten hier und zahlen Steuern, sie schicken ihre Kinder in Kitas und Schulen, sie sind in Vereinen aktiv – aber wählen dürfen sie bisher nicht. Die Regierungsfractionen wollen das ändern. Ausländer ohne EU-Pass, die seit mindestens fünf Jahren in Bremen leben, sollen künftig das Wahlrecht für die Beiräte erhalten. EU-BürgerInnen sollen auch den Landtag mitwählen können. Das sieht ein bundesweit einzigartiges Gesetz vor, das die Bürgerschaft in 1. Lesung beschlossen hat. Diese Wahlrechtsreform liegt nun beim Staatsgerichtshof zur Prüfung.

„In Bremen verwurzelte AusländerInnen sind von allen politischen Entscheidungen betroffen, aber dürfen selbst nicht wählen. Dieser Zustand beschädigt die Demokratie. Das wollen wir ändern und die Rechte aller stärken. Das ist eine Frage der Gleichbehandlung und fördert zugleich die Integration“, so der Bürgerschaftsabgeordnete Hermann Kuhn, der als Obmann der Grünen den nichtständigen Ausschuss zur Ausweitung des Wahlrechts geleitet hat.

Während in vielen EU-Staaten das Kommunalwahlrecht für AusländerInnen längst bewährter Alltag ist, steht dem in Deutschland bisher ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts entgegen. Im Kern geht es dabei um die Frage: wer ist das ‚Volk‘, von dem laut Grundgesetz alle Staatsgewalt ausgeht? Die Karlsruher Richter hatten vor 20 Jahren geurteilt, dass dies nur Menschen



mit deutschem Pass sein könnten. Doch bereits 1993 mussten die Verfassungsrichter mit dem Abschluss des Maastricht-Vertrages auch ein Wahlrecht für EU-BürgerInnen akzeptieren. Seither lässt sich nur schwer erklären, warum ein in Bremen lebender Niederländer den Beirat wählen darf, seine türkische Nachbarin aber nicht.

„Die Bundesrepublik hat sich seit dem Urteil des Verfassungsgerichtes verändert. Deutschland ist längst ein Einwanderungsland. Wir sind der Überzeugung, dass die

Verfassungsinterpretation von 1990 überholt ist. Deshalb legen wir unser Gesetz dem Bremer Staatsgerichtshof vor, der dann vermutlich eine Entscheidungshilfe beim Bundesverfassungsgericht einholen wird. Damit besteht die Chance, dass die Karlsruher Richter nach 20 Jahren die gesellschaftlichen Veränderungen berücksichtigen und zu einem anderen Urteil kommen. Für unsere Demokratie und unser Gemeinwesen wäre das ein wichtiger Schritt“, betont Hermann Kuhn.

## Verlässlichkeit für Kreative und Publikum

Ohne Alltagshektik mit dem Nachwuchs die Kinderbücher in der Stadtbibliothek betrachten, in Ruhe die neuesten Romane oder Filme erkunden – das war seit vergangener November an sechs Sonntagen möglich. Der Modellversuch, den die Bürgerschaftsfraktion der Grünen mit einem Parlamentsantrag initiiert hatte, ist insbesondere bei Familien und ArbeitnehmerInnen auf positive Resonanz gestoßen. „Gerade junge Eltern freuen sich, wenn sie in Ruhe und entspannter Atmosphäre mit ihren Kindern die Bibliothek besuchen können. Die Sonntagsöffnung unterstreicht die Bedeutung der Stadtbibliothek für die Förderung von Lese- und Medienkompetenz“, unterstreicht der kulturpolitische Sprecher Carsten Werner.

Einer regelmäßigen Sonntagsöffnung der Stadtbibliothek stehen bisher noch

Arbeits- und Feiertagsgesetze entgegen. Eine Ausnahme von der Sonntagsruhe gilt für Stadtbibliotheken im Gegensatz zu allen anderen Kultureinrichtungen und Einzelhandelsbranchen nicht. Bremen will das mit einer Bundesratsinitiative ändern. Auch Erfahrungen aus dem Ausland zeigen, dass die Besucherfrequenz und Verweildauer am Sonntag sehr hoch sind. „Die Sonntagsöffnung sollte durch gekürzte Arbeitszeiten ermöglicht werden“, so Carsten Werner.

Bereits in die Praxis umgesetzt ist eine andere seit langem erhobene Forderung der Fraktion: „Es ist endlich gelungen, dass die Kulturprojektmittel schon im Vorjahr in verlässlicher Höhe ausgeschrieben, beantragt und von einer Fachjury beraten werden. Damit erhalten auch die freiberuflichen ProjektmacherInnen die nötige Planungs-

sicherheit für ihre Aktivitäten“, erläutert Carsten Werner.

Für große und auch kleinere Kultureinrichtungen wurde die Möglichkeit geschaffen, verlässliche Kontrakte und Zielvereinbarungen mit der Stadt für mehrere Jahre abzuschließen. Außerdem können ehrenamtlich Tätige beim Sozialressort eine freie Unfall- und Haftpflichtversicherung erhalten.

Stark macht sich die Fraktion weiterhin dafür, dass die Belange für die Kommunikation und Werbung von Kulturinitiativen und -unternehmen im öffentlichen Raum gewahrt werden – etwa durch Kulturlitfasssäulen, freie Plakatierflächen oder gemeinsame Spielpläne. „Das muss zu einem auf die Kulturstadt Bremen ausgerichteten Standortmarketing gehören, für das wir uns einsetzen“, betont Carsten Werner.

# Bezahlbare Mieten sicherstellen!



**W**ie in anderen Ballungsräumen steigen auch in Bremen die Mieten z.T. drastisch. Insbesondere in beliebten Stadtteilen nimmt der Preisdruck auf dem Wohnungsmarkt zu. Die drohende Folge ist, dass sich BremerInnen mit schmalen Geldbeutel ihre Mietswohnung nicht mehr leisten können. Manch alter Mensch könnte so zum Umzug gezwungen sein und das vertraute Lebensumfeld verlieren. Manche Studierende haben zunehmend Schwierigkeiten, in ‚hippen‘ Vierteln erschwinglichen Wohnraum zu finden. Um die Mietpreis-Spirale zu dämpfen, sind neben dem beschlossenen Programm für sozialen Wohnungsbau umfassende Änderungen am Mietrecht nötig. Die Grüne Fraktion hat einen Antrag mit einem Bündel von Maßnahmen initiiert, um Mieterhöhungen deutlich zu begrenzen.

„Zwar ist das Bremer Mietniveau insgesamt moderat. Aber in einigen besonders gefragten Stadtteilen sind übermäßige Mieterhöhungen zu beobachten. Dadurch entstehen für manche Menschen soziale Härten, die wir vermeiden wollen. Bremen soll für alle eine lebenswerte Stadt sein, in der die sozialen Belange der MieterInnen gewahrt werden und bezahlbarer Wohnraum für Menschen mit unterschiedlichem Einkommen im gesamten Stadtgebiet erhalten

bleibt. Um BremerInnen vor allzu drastischen Mieterhöhungen zu schützen und der sozialen Entmischung entgegenzuwirken, sind umfassende Änderungen am bundesweiten Mietrecht unerlässlich“, betont Fraktionsvorsitzender Matthias Güldner.

Der beschlossene Antrag sieht vor, dass Mieterhöhungen frühestens nach vier Jahren um maximal 15 Prozent möglich sein sollen. Bei Neu- bzw. Wiedervermietungen soll eine gesetzliche Begrenzung der Mietsteigerung eingezogen werden. „Bei Mieterwechseln können VermieterInnen bisher satte Erhöhungen auf die bisherige Mietsumme draufschlagen. Dieser Mechanismus führt dazu, dass das Mietniveau immer schneller und weiter nach oben dreht. Eine Preisbremse bei Neuvermietungen ist deshalb der Schlüssel, um die Mietpreis-Spirale zu durchbrechen“, erklärt die sozialpolitische Sprecherin Susanne Wendland. Ein weiterer Kernpunkt des Antrags ist die Forderung nach einem längeren und damit preisdämpfenden Erfassungszeitraum für die Ermittlung der ortsüblichen Mietsumme. Außerdem soll der Heizkostenzuschlag für Wohngeldbeziehende wieder eingeführt werden. Nicht zuletzt sollen VermieterInnen nur noch neun statt elf Prozent der Kosten für energetische Sanierungsmaßnahmen auf MieterInnen umlegen dürfen. Auf dieses

Maßnahmenbündel zur Begrenzung von Mietsteigerungen soll der Senat jetzt im Bundesrat hinwirken. Ebenso wie darauf, dass Maklergebühren künftig komplett von VermieterInnen bezahlt werden. Bisher beauftragen i.d.R. VermieterInnen eineN MaklerIn, die saftige Gebühr für diese Dienstleistung müssen hingegen bisher aber allein die MieterInnen bezahlen. Das soll sich ändern. „Wer eine Leistung bestellt, muss sie auch bezahlen. Dieses übliche Prinzip muss auch für die Vermittlung von Wohnungen gelten“, so der verbraucher-schutzpolitische Sprecher Jan Saffe.

Darüber hinaus hat die Fraktion den Fokus auf Wohnungslose gerichtet. Steigende Mieten und finanzielle Notlagen infolge von Verschuldung, Altersarmut oder Suchtproblemen führen auch in Bremen dazu, dass Menschen ihre Wohnung verlieren. Mit einer Initiative hat sich die Fraktion dafür eingesetzt, dass die Wohnungslosenpolitik dezentral ausgerichtet und die Hilfsangebote weiterentwickelt werden. „Wir wollen mittelfristig mehr Betroffene dezentral in normalen Wohnungen unterbringen. Dort sollen sie persönliche Hilfen erhalten. Das stärkt ihre Selbsthilfekräfte. Für jene, die nicht von Anfang an im eigenen Wohnraum leben können, brauchen wir Clearingunterkünfte für eine befristete Zeit“, so Susanne Wendland.

# Rote Karte für Atomexporte

**A**ls erstes Bundesland hat Bremen mit grüner Regierungsbeteiligung den Transport von Kernbrennstoffen über seine Häfen ausgeschlossen. Die Häfen sind ein wichtiger Teil der Bremischen Gesamtwirtschaft, die auf Nachhaltigkeit und Erneuerbare Energien ausgerichtet ist. Der Umschlag von Kernbrennstoffen ist mit diesen Zielen nicht vereinbar. Die entsprechende Teilentwurmung der Häfen haben die Regierungsfractionen per Gesetzesänderung beschlossen. Eine Abkehr vom Prinzip der Universalhäfen ist damit nicht verbunden.

„Wir entwickeln Bremerhaven zum Windkraft-Standort. Mit dem geplanten Offshore-Terminal soll die Seestadt künftig zum Zentrum für die Errichtung von Windparks in der Nordsee werden. Die gleichzeitige Nutzung der Hafenanlagen für den Umschlag von Kernbrennstoffen stünde dazu im krassen Widerspruch“, erklärt die energiepolitische Sprecherin Anne Schierenbeck.

Die Grüne Fraktion setzt sich seit langem dafür ein, dass die Bremischen Häfen nicht auf Kosten der Sicherheit von Menschen als Drehscheibe für das Hin-und-her-Verschieben hoch radioaktiver Kernbrennstoffe



herhalten müssen. „Solche Transporte wollen wir so weit wie möglich verhindern. Wer Atommüll produziert, muss ihn auch entsorgen“, betont Anne Schierenbeck.

Der Hafenwirtschaft schadet das Umschlagverbot für Kernbrennstoffe nicht. „Die

Logistikbranche profitiert eher davon. Schließlich gefährden Atomtransporte die Sicherheit und reibungslosen Abläufe in den Häfen, auf die gerade an Termine gebundene Logistiker angewiesen sind“, so der hafenspolitische Sprecher Frank Willmann.

## Mindestlohngesetz eingeführt



**B**remen hat auf Initiative der Regierungsfractionen als erstes Bundesland ein Mindestlohngesetz eingeführt. „Wer Tag für Tag arbeitet, muss vom Lohn für diese Arbeit auch leben können. Das ist eine Frage von sozialer Gerechtigkeit und Würde“, erläutert der arbeitsmarktpolitische

Sprecher Frank Willmann. Das Gesetz schreibt eine Lohnuntergrenze von 8,50 Euro vor. Diesen Stundenlohn müssen Unternehmen im Land Bremen zahlen, die öffentliche Aufträge oder auch Bürgschaften erhalten wollen. Gleiches gilt für Verbände und Vereine, die Zuwendungen bekommen.

Eine Kommission legt den Mindestlohn jährlich neu fest, um ihn an die wirtschaftliche Entwicklung anzupassen. Das Landesmindestlohngesetz kann indes nicht flächendeckend für die bremische Wirtschaft gelten. Dafür müsste der Bund den allgemeinen und gesetzlichen Mindestlohn einführen. Doch dem verweigert sich die schwarz-gelbe Bundesregierung bis heute.

„Wo Bremen auf den Mindestlohn hinwirken kann, machen wir das auch. Die Bundesregierung will hingegen einen Flickenteppich von Mindestlöhnen, die nach Branchen und Regionen differenziert sind und von den Tarifpartnern festgelegt werden sollen. Die CDU will beim Mindestlohn nur die Verpackung, aber ohne echten Inhalt. Denn das CDU-Modell ermöglicht weiterhin, dass eine Friseurin in Sachsen mit 3,82 Euro pro Stunde abgespeist wird. Die Folge solcher Hungerlöhne: Trotz Vollzeitarbeit sind Menschen zum Aufstocken gezwungen, um über die Runden zu kommen. Gegen diese Art von Lohndumping auf Kosten aller hilft nur ein allgemeiner Mindestlohn“, betont Frank Willmann.

# Kinderbetreuung verbessert



**D**ie Kinderbetreuung ist weiter massiv ausgebaut worden, um den Nachwuchs zu fördern und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern. Die finanziellen Mittel dafür haben die Regierungsfractionen im Haushalt als Schwerpunkt beschlossen. Das Angebot ist sowohl bei den Krippenplätzen für Kinder unter drei Jahren als auch bei den Kindergartenplätzen für Drei- bis Sechsjährige ausgeweitet worden. Von 2011 bis 2013 wurden 763 neue Krippenplätze eingerichtet, bei einem im Bundesvergleich hervorragendem Personalschlüssel von 3,3 Kindern pro BetreuerIn. Weitere 1.671 Zweieinhalbjährige werden seit 2012 im Kindergarten betreut. In der Kindertagespflege sind über 150 neue U3-Plätze entstanden. Auch die

Zahl der Kindergartenplätze hat sich auf 14.048 erhöht. Erstmals haben alle Eltern, die einen achtstündigen Ganztagsplatz benötigen, auch einen bekommen. Für alle Kinder wird eine verlässliche Ferienbetreuung angeboten.

Um noch mehr Verlässlichkeit zu schaffen, hat die Koalition den Rechtsanspruch auf sechsstündige Betreuung für alle Drei- bis Sechsjährigen auf den Weg gebracht. „Im Kindergarten werden die Grundlagen gelegt, um allen Kindern die Chance für eine erfolgreiche Entwicklung zu eröffnen. Wir haben die Sprachförderung verstärkt. Frühförderung ist wichtig, damit auch Kinder aus bildungsfernen Elternhäusern bessere Zukunftschancen erhalten“, unterstreicht der kinderpolitische Sprecher Stephan Schlenker.

Damit das Baurecht die Eröffnung neuer Kitas nicht mehr hemmen kann, fordert die Fraktion mit einer Initiative eine rechtliche Klarstellung in der bundesweit geltenden Baunutzungsverordnung: Kitas sollen in reinen Wohngebieten ohne Wenn und Aber zulässig sein und nicht wie bisher nur als Ausnahme. „Kurze Beine, kurze Wege – das muss das Leitmotiv sein. Kitas müssen dort betrieben werden können, wo sie gebraucht werden“, erklärt Stephan Schlenker.

Mit einem Antrag will die Fraktion auch das Naturerlebnis von Kindern stärken. Kita-Außengelände sollen zu Naturspielräumen umgestaltet und Wald- und Wildnistage durchgeführt werden. „Das Naturerlebnis ist gut für die ganzheitliche Entwicklung der Kinder“, so Stephan Schlenker.

## Direkte Mitwirkung wird weiter verstärkt

**B**ürgeranträge sowie Volksbegehren und Volksentscheide zu Verfassungsänderungen werden in Bremen künftig erleichtert. Die Regierungsfractionen wollen die Hürden senken und haben die entsprechenden Initiativen dafür auf den Weg gebracht. Zudem soll sich der Senat im Bundesrat für die Einführung bundesweiter Volksentscheide einsetzen.

„Wir wollen den BürgerInnen die Möglichkeit geben, sich verstärkt einzubringen. Mit dem Bürgerantrag können Themen gesetzt werden, die ihnen wichtig sind. Die Hürden für den Bürgerantrag waren bisher zu hoch. Unsere Initiative soll das ändern. Mit den Änderungen möchten wir mehr BremerInnen einladen, vom Bürgerantrag Gebrauch zu machen“, erklärt die Sprecherin für Bürgerbeteiligung Marie Hoppe.

In Zukunft können BürgerInnen mit 5000 Unterschriften einzelne Themen zur Debatte und Abstimmung auf die Tagesordnung des Landtages setzen. Für die Stadtbürgerschaft reichen 4000 Unterschriften. Damit werden die bisherigen Quoren halbiert. Neben der Absenkung der Unterschriften-Zahlen ist auch die Einführung von Online-Unterschriftensammlungen vorgesehen.

Angestoßen hat die Grüne Fraktion auch eine Reform der verfassungsändernden Volksbegehren und Volksentscheide. Die Hürden werden gesenkt. Ein verfassungsänderndes Volksbegehren kommt künftig zustande, wenn 10 statt bisher 20 Prozent aller Wahlberechtigten zustimmen. Für einen erfolgreichen Volksentscheid reichen künftig 40 statt bisher 50 Prozent. „Die BürgerInnen sollen neben dem Parlament eine reale

Chance bekommen, über die Landesverfassung mitzuentcheiden. Die Landesverfassung beinhaltet die Grundregeln unseres Gemeinwesens in Bremen und Bremerhaven. Änderungen sollten wohlbedacht sein. Deswegen sind die Hürden bei verfassungsändernden Volksentscheiden auch höher als bei normalen. Aber im Gegensatz zu vorher sind sie künftig zu schaffen“, betont Marie Hoppe.

Zudem wird auf Initiative der Fraktion eine Internetseite erstellt, die eine Gesamtübersicht über Bremer Politik und alle Beteiligungsmöglichkeiten gibt. „Viele BürgerInnen kennen ihre Einflussmöglichkeiten gar nicht. Politik wirkt auf manche wie ein undurchsichtiger Dschungel. Uns ist es wichtig, dass sich Interessierte so einfach wie möglich informieren können“, so Marie Hoppe.

# Hygiene ohne Wenn und Aber

Der Tod von drei Frühchen im Klinikum Bremen-Mitte gehört zu den erschütterndsten Ereignissen, mit denen sich die Fraktion in der ersten Hälfte der Legislatur beschäftigt hat. Die drei Frühgeborenen sind an den Folgen einer Infektion mit dem multiresistenten Darmkeim *Klebsiella pneumoniae* gestorben. Bei mehr als 30 weiteren Frühchen wurde der Keim nachgewiesen. Der umgehend eingesetzte Untersuchungsausschuss hat eine Reihe an gravierenden Mängeln im Hygiene- und Krisen-Management aufgedeckt. Die Ursache für den Keimausbruch bleibt hingegen unklar.

„Es gibt keine Kausalität: Wir können nicht belegen, dass die Schlampereien bei der Hygiene oder der phasenweise Personalmangel zum Tod der Frühchen geführt haben. Das konnten selbst die ExpertInnen

nicht feststellen. Es gibt keinen Hauptverantwortlichen. Dieses Ergebnis bleibt am Ende unbefriedigend“, so Björn Fecker. Als stellv. Vorsitzender des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses hat er maßgeblich an den Empfehlungen mitgearbeitet, die jetzt umgesetzt werden müssen. Neben einem EDV-gestützten Frühwarnsystem, mit dem auffällige Keimbefunde schneller erkannt werden können, erhält jede Klinik der Gesundheit Nord (Geno) qualifizierte KrankenhaushygienikerInnen. In hochsensiblen Bereichen soll festes Reinigungspersonal eingesetzt werden. Die Hygienepläne sollen regelmäßig von externen ExpertInnen überprüft werden. „Wir brauchen in den Kliniken aber auch eine Kultur des Hinsehens. Jede und jeder muss den Mut haben, die Kollegen darauf hinzuweisen, wenn sich jemand z.B. die Hände nicht ausreichend desinfiziert“,

betont Björn Fecker.

Um Keimausbrüche besser zu verhindern, müssen zudem die Kontrollen verschärft werden. „Das Gesundheitsamt hat die Krankenhäuser in der Vergangenheit kaum kontrolliert. Es hat auch nie hinterfragt, ob die beanstandeten Mängel auch beseitigt wurden. Das muss sich ändern. Die Meldekette von den Kliniken ans Gesundheitsamt und von dort an die Gesundheitsbehörde muss ebenfalls klarer geregelt werden“, betont Björn Fecker.

Nicht zuletzt sollen die Rechte von Untersuchungsausschüssen gestärkt werden. So soll der Untersuchungsausschuss künftig im Falle einer ungerechtfertigten Zeugnisverweigerung ein Ordnungsgeld verhängen dürfen. „Wir hatten mit vielen wortkargen Zeugen zu kämpfen. Die Aufklärung muss mehr Gewicht erhalten“, so Björn Fecker.

## Ekelfleisch vom Teller verbannen

Der massive Einsatz von Antibiotika in der Massentierhaltung führt zu multiresistenten Keimen. Vor den gesundheitsgefährdenden Folgen für Menschen warnen auch Mediziner: Bei Erkrankungen notwendige Antibiotika können ihre Wirkung z.T. nicht mehr entfalten. Neben einem umfangreichen Maßnahmenpaket gegen die Auswüchse der Massentiermast im Bund machen sich die Grünen auch für das Umsteuern vor Ort stark. Die Fraktion drängt weiter darauf, den Bezug von Fleisch und anderen Produkten aus Massentierhaltung in öffentlichen Kantinen und Mensen schrittweise durch den Umstieg auf Produkte aus artgerechter Haltung zu ersetzen. „Neben dem Leid der Tiere hat die Massentierhaltung auch für die Gesundheit der Menschen schädliche Auswirkungen. Bremen kann mit einem veränderten Einkaufsverhalten seinen Beitrag leisten, um die dramatischen Folgen der Massentierhaltung zu unterbinden“, betont der Verbraucherschutzpolitische Sprecher Jan Saffe.

Neben der Massentierhaltung hat die Fraktion auch das Verbot von Wildtieren in Zirkussen auf die politische Agenda gesetzt. Bremen soll sich im Bundesrat dafür einsetzen, dass Elefant, Bär & Co. nicht länger in zu kleine Reisekäfige gepfercht und zweifelhaften Dressurmethode unterworfen werden. „Ein tonnenschwerer Elefant würde in freier



Wildbahn niemals freiwillig einen Kopfstand machen. Die Enge der Käfige und der Bewegungsmangel verursachen bei den Tieren großen Stress. Wildtiere sind schlicht nicht dazu da, den Menschen zur Belustigung zu dienen. Der Zirkus kann auch ohne Wildtiere ein echtes Erlebnis sein. Das haben z.B. Roncalli oder der Cirque du Soleil schon erfolgreich bewiesen“, betont die tierschutz-

politische Sprecherin Linda Neddermann.

Zwar hatte der Bundesrat bereits vor Jahren gefordert, das Halten von Wildtieren im Zirkus zu verbieten. Allerdings hat die Bundesregierung das bis heute nicht umgesetzt. „Es ist ein Armutszeugnis für die schwarz-gelbe Bundesregierung, dass sie den Tierschutz ignoriert“, so Linda Neddermann.

# Finanzen

Wie es um die Haushaltskonsolidierung steht, erläutert Hermann Kuhn im Interview.

**B**remen hält die Vorgaben der Schuldenbremse bisher erfolgreich ein und sichert sich damit Konsolidierungshilfen in Höhe von 300 Millionen Euro jährlich. Das Land hat allerdings noch einen schwierigen Weg vor sich, um 2020 einen Haushalt ohne Neuverschuldung vorzulegen. Über den Sanierungskurs und die nötige Reform des Länderfinanzausgleichs haben wir mit dem finanzpolitischen Sprecher Hermann Kuhn gesprochen.

**Die ersten Schritte auf dem Weg zur Haushaltskonsolidierung waren erfolgreich, wie der Stabilitätsrat bescheinigt. Zugleich gibt's viele Risiken: Durch die Steuergeschenke der Bundesregierung nimmt Bremen rund 900 Millionen Euro weniger ein, die Kliniken schreiben rote Zahlen, es drohen höhere Tarifabschlüsse als veranschlagt, Museen sind in Schieflage geraten. Ist bis 2020 ein ausgeglichener Haushalt überhaupt zu schaffen?**

**Hermann Kuhn:** Der nächste Haushalt ist immer der schwerste, könnte man in Abwandlung des bekannten Trainerspruchs sagen. Und der Satz wird auch für die Jahre bis 2020 sicherlich richtig sein. Ja, es stimmt: die Risiken und Probleme sind da, aber Bangemachen gilt auch nicht.

Wir kämpfen darum, dass die Politik der teuren schwarz-gelben Steuergeschenke im Herbst zu Ende geht, damit wir endlich mit gerechteren Steuern den Staat wieder handlungsfähiger machen können. Wir erhöhen selbst unsere Einnahmen durch höhere Grunderwerbssteuern, höhere Gewerbesteuern, Verdoppelung der Vergnügungssteuern, Einführung einer City-Tax und die Anpassung der Gebühren. Und wir treten beharrlich für einen Umbau der Verwaltung ein, damit der immer noch notwendige Personalabbau möglich wird. Wir überprüfen die Zuwendungsempfänger und setzen neue Schwerpunkte. Wir haben die Investitionen auf ein vertragliches Maß reduziert. Und wir übertragen die Tarifiergebnisse nicht eins zu eins auf die Beamten.

All dies ist kein Vergnügen, aber unbedingt notwendig. Denn wir wollen unseren Konsolidierungspfad einhalten und 300 Millionen Euro jährlich als Hilfe von Bund und Ländern bekommen. Wir tun das, um aus

der Schuldenfalle heraus zu kommen und unsere Position als verlässlicher Partner der anderen Länder zu beweisen. Deswegen: Ja, wir können es schaffen.

**In der ersten Legislatur-Hälfte hat's in der Koalition bei Themen wie dem Ausbau der Kinderbetreuung und Ganztagschulen sowie Lehrerstellen gerumpelt. Angesichts der Millionenbeträge für den Offshore-Hafen, die private Jacobs University und den Lloydhof haben Eltern den Eindruck, dass Bildung gleichzeitig an Stellenwert einbüßt. Verstehen Sie das bzw. was entgegnet Sie?**

Priorität für die Bildung und Erziehung kann ja nicht bedeuten, dass wir die Sorge für die Umwelt und die wirtschaftliche Zukunft des Landes vernachlässigen, die nun mal auch Geld für Investitionen brauchen. Und

**„Frühkindliche Erziehung und Bildung bleiben Schwerpunkte.“**

**Hermann Kuhn**

Priorität für Erziehung und Bildung kann auch nicht bedeuten, dass wir nicht überall strikt darauf achten, dass die Haushaltsmittel auch tatsächlich bei den Kindern und Jugendlichen ankommen. Darüber haben wir sicherlich manchmal unnötig gestritten. Aber im Ergebnis ist es doch so, dass die Zahl der Lehrerinnen und Lehrer gleich gehalten wurde bei erheblich gesunkenen Schülerzahlen, um so die großen Aufgaben der Schulreform zu meistern. Und es sieht alles danach aus, dass wir mit großen Anstrengungen und Finanzmitteln die Ansprüche an den Kita-Ausbau erfüllen werden. Frühkindliche Erziehung, Schule und Hochschulen bleiben unsere Schwerpunkte. Ich weiß, dass die Eltern und die LehrerInnen und ErzieherInnen sich oft noch mehr wünschen. Und ich habe Verständnis für diese Wünsche und Respekt für ihr Engagement. Aber auch bei unseren Schwerpunkten wachsen die Bäume in Bremen eben nicht in den Himmel.

**Die Freie Hansestadt gehört zu den Nehmern im Länderfinanzausgleich, jetzt klagen Bayern und Hessen dagegen: Bibbert Bremen bereits?**

Nein. Aber wir bedauern diese Klage sehr, weil sie die Chancen für die notwendigen politischen Gespräche verschlechtert. Der Finanzausgleich ist bis 2019 vereinbart, er gilt mit den Unterschriften aller Länder. Und seine Grundsätze, die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse, sind Kern des deutschen Verfassungsverständnisses. Und mit „Nehmerland“ ist das so eine Sache: Wir haben im Land Bremen eine starke originäre Wertschöpfung, von der wir durch die Steuerverteilung zunächst einmal den anderen geben. Und wir leisten mit unserer städtischen Infrastruktur, unseren Häfen Besonderes nicht nur für die nächste Umgebung, sondern für ganz Deutschland. Nein, wir fürchten uns nicht.

**Welche Reformen fordert die Grünen-Fraktion in punkto Länderfinanzausgleich?**

Dass eben die Gesamtheit der Leistungen eines Landes, die besonderen Bedarfe wie z.B. die Arbeitsmarktsituation und alle Geldströme zwischen Bund und Ländern in den Blick genommen werden, und nicht nur der kleine Ausschnitt des Ausgleichs zwischen den Ländern, über den heute so viel geredet wird. Zur Vorbereitung dieser Diskussion, auch unter Grünen, haben wir ein Gutachten der „Nordlichter“ angeregt, das jetzt vorliegt.

**Selbst wenn Einnahmen und Ausgaben 2020 ausgeglichen sind, bleibt ein Altschuldenberg von rund 20 Milliarden Euro, der mit den dafür erforderlichen Zinszahlungen die Handlungsfähigkeit arg einschränkt. Ist eine Altschuldenregelung nötig?**

Absolut. Denn dass Bremen dann jeden fünften Euro für Zinsen ausgeben muss und Bayern vielleicht nur jeden zwanzigsten, wird durch keinen Finanzausgleich ausgeglichen; die Altschulden würden eine dauernde Last Bremens und anderer Länder sein. Dafür muss es eine solidarische Regelung geben. Für uns wird diese Frage ein Kernpunkt der kommenden Verhandlungen sein.

**Vollenden Sie den Satz: „Das Haushaltsnotlageland Bremen ist im Jahr 2020...“**

...arm dran, aber gut drauf.“

# Bedingungen verbessern

Nach dem neuen Hochschulgesetz – das u.a. die Frauenförderung stärkt, das Studium ohne Abitur ermöglicht, mehr Durchlässigkeit bei der Promotion schafft und neue Übernahmemöglichkeiten für JuniorprofessorInnen eröffnet – richtet sich der Fokus jetzt auf die Arbeitsbedingungen von WissenschaftlerInnen und akzeptable Bedingungen für Studierende.

So hat die Bürgerschaftsfraktion der Grünen die höchst unsichere Situation von NachwuchswissenschaftlerInnen auf die politische Tagesordnung gesetzt. Über 80 Prozent der WissenschaftlerInnen an Hochschulen und Forschungseinrichtungen in Deutschland müssen mit Zeitarbeitsverträgen leben. Sie bleiben lange im Ungewissen, ob sie den Sprung auf eine Professur schaffen, sich von einem zum nächsten Drittmittelprojekt durchhangeln oder sogar ganz aus dem Wissenschaftsbetrieb aussteigen müssen. Ihre berufliche und familiäre Planung ist damit äußerst erschwert.

Um die Lage des wissenschaftlichen Nachwuchses zu verbessern, fordert die Fraktion eine Reform des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes. Der Antrag sieht u.a. vor, die Tarifsperrung aufzuheben und den Betroffenen in der Promotions- sowie Habilitationsphase arbeitsvertraglich ausreichend Zeit für ihre Qualifikation zur Verfügung zu stellen. Außerdem soll die Laufzeit der Verträge mindestens an die Dauer der Drittmittelprojekte gebunden werden. „Wir setzen uns dafür ein, dass WissenschaftlerInnen ein Mindestmaß an ökonomischer Sicherheit und Karriereplanbarkeit erhalten. Sie müssen die Zeit



haben, ihre Kompetenz zu entwickeln und für die Wissenschaft nutzbar zu machen. Die Arbeit an Hochschulen muss in Konkurrenz zu Unternehmen attraktiv sein. Es gilt zu verhindern, dass die besten Nachwuchskräfte aus Sorge um ihre Zukunft die Hochschulen verlassen. Denn sonst sind Qualitätseinbußen in Forschung und Lehre die drohende Folge“, warnt die wissenschaftspolitische Sprecherin Silvia Schön.

Um die Bedingungen für Studierende zu verbessern, soll sich Bremen auf Initiative der Grünen Fraktion im Bundesrat für die bedarfsgerechte Weiterentwicklung des Hochschulpakts bis 2020 einsetzen. „Dabei müssen die Schaffung der Studienplätze am tatsächlichen Bedarf und eine höhere Lehrqualität im Vordergrund stehen. Außerdem

muss der Bund auf Grundlage der tatsächlichen Zahl von StudienanfängerInnen die Finanzierung des Hochschulpakts sicherstellen, bei der auch das Masterstudium berücksichtigt wird“, so Silvia Schön.

Zu langes Warten auf die Korrektur von Klausuren und Abschlussarbeiten, ausfallende Sprechstunden bei Hochschullehrenden oder eine ungerecht empfundene Behandlung bei Prüfungen – in solchen Fällen sollen sich Studierende im Land Bremen künftig an eine neutrale Ombudsperson wenden können. Die Ombudsperson soll auf Vorschlag der Studierenden aus dem Kreis der Hochschullehrenden berufen werden, um die Probleme schnell und individuell zu lösen. Das hat die Bürgerschaft auf Initiative der Grünen Fraktion beschlossen.

## KURZ NOTIERT

+++ Auf Initiative der Grünen Fraktion hat Bremen nach 40 Jahren den **Radikalenerlass** aufgehoben. Auf seiner Grundlage sind vor allem in den 70er und 80er Jahren mindestens 70 im öffentlichen Dienst Beschäftigte bzw. BewerberInnen an der Ausübung ihres Berufs gehindert worden. Gesinnungsschnüffelei ist mit demokratischen Rechten unvereinbar. Deshalb war es überfällig, den seit Jahren nicht mehr angewandten Erlass auch formal aufzuheben. +++ Die Fraktion hat einen erfolgreichen Vorstoß unternommen, um das **Tanzverbot** an den

stillen Feiertagen zu lockern. Diskotheken können ihre Gäste am Karfreitag jetzt bereits ab 21 Uhr einlassen. In der Nacht auf Totensonntag und den Volkstrauertag dürfen sie fortan bis 6 Uhr statt 4 Uhr öffnen. Damit ist gewährleistet, dass Gläubige bei liturgischen Andachten und in ihrem Kontemplationsbedürfnis nicht gestört werden und tanzfreudige junge Menschen gleichwohl nicht unnötig bevormundet werden. +++ Das von der Grünen Fraktion gemeinsam mit ihrem Koalitionspartner initiierte **Stadtticket** ist nach der Probephase als festes

Angebot verstetigt worden. Es richtet sich an jene, die Sozialleistungen erhalten. Derzeit wird geprüft, ob und wie das vergünstigte Ticket innerhalb einer Bedarfsgemeinschaft weitergegeben werden kann. +++ Der Senat legt auf Antrag der Regierungsfractionen einen neuen **Rechtsextremismus-Bericht** vor. Der Bericht verdeutlicht den Rechtsextremen, dass in Bremen für sie kein Platz ist. Er zeigt das vielfältige Engagement gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit auf und überprüft die Wirksamkeit der Strategien gegen Rechts. +++

# Anerkennen statt ausgrenzen



**D**ie Anerkennung und Teilhabe von Flüchtlingen und MigrantInnen kommt weiter voran. Mit parlamentarischen Initiativen hat die Grüne Fraktion gemeinsam mit der SPD dafür gesorgt, dass Ermessensspielräume bei der Erteilung von Aufenthaltserlaubnissen wirksam ausgeschöpft werden. Die Anzahl der Menschen, die mit dem unsicheren Status der Duldung leben müssen, konnte seit dem Regierungsantritt um gut die Hälfte auf 1481 verringert werden. „Wir dürfen uns auf diesen Zahlen nicht ausruhen, sondern wollen noch mehr Menschen mit einem gesicherten Aufenthaltsstatus eine Perspektive eröffnen“, betont die migrations- und integrationspolitische Sprecherin Zahra Mohammadzadeh. Damit

Flüchtlinge schneller Fuß fassen können, setzt sich Bremen auf Initiative der Fraktion im Bundesrat für Verbesserungen ein: So sollen Asylsuchende und Geduldete zu Integrationskursen zugelassen werden. Schließlich ist der Spracherwerb der Schlüssel zur Integration. Zudem fordert die Fraktion die Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes, das mit seinen zu geringen Leistungen eine menschenwürdige Teilhabe am Leben in der Gesellschaft ausschließt. Asylsuchende und Flüchtlinge sollen stattdessen einen Anspruch auf Grundsicherung erhalten.

Mittendrin statt nur am Rand – das soll auch für Flüchtlinge in Bremen gelten. Deshalb wird die Aufenthaltsdauer in Gemeinschaftsunterkünften auf maximal drei

Monate verkürzt. Danach können Flüchtlinge in normale Wohnungen ziehen und werden dort ambulant betreut. „Das ist ein wichtiger Schritt für die bessere Integration von Flüchtlingen. Außerdem kann gerade für Familien mit Kindern oder auch ältere bzw. traumatisierte Flüchtlinge die beengte Wohnsituation in Übergangsheimen belastend sein“, so Zahra Mohammadzadeh.

Die Grüne Fraktion setzt sich dafür ein, die vielfältigen Fähigkeiten von MigrantInnen für das Gemeinwesen zu nutzen. Eine Initiative sieht u.a. vor, dass MigrantInnen ihre mitgebrachten Berufsabschlüsse durch Nachqualifizierungen ergänzen und so schneller einen Arbeitsplatz finden können. Ein weiterer Antrag hat zum Ziel, für ausländische AbsolventInnen deutscher Hochschulen deutliche Erleichterungen im Aufenthaltsrecht und damit bei der Jobsuche zu erreichen.

Nicht zuletzt haben die beiden Regierungsfractionen ein Konzept gefordert, damit mehr Kinder aus Migrantenfamilien die Kita besuchen. „Früher Spracherwerb und frühkindliche Bildung sind entscheidend für gleiche Startchancen in der Schule und die Chance für eine erfolgreiche Zukunft. Deshalb werben wir bei Eltern mit Migrationshintergrund dafür, dass sie diese Förderung ihrer Kinder in Anspruch nehmen“, unterstreicht Zahra Mohammadzadeh.

## Erleichterte Einbürgerung ermöglicht

**J**unge AusländerInnen, die mit Aufenthaltserlaubnissen aus humanitären Gründen hier leben, haben in Bremen die Möglichkeit zur erleichterten Einbürgerung. Insgesamt ist dafür ein rechtmäßiger Aufenthalt von acht Jahren inklusive eines sechsjährigen Schulbesuches nötig. Mit dieser bundesweit einmaligen Neuregelung, die auf einem Vorstoß der Grünen Fraktion beruht, schöpft der Stadtstaat die bundesrechtlichen Vorgaben vollends aus. „Damit machen wir einen weiteren wichtigen Schritt, um hier aufgewachsenen Jugendlichen eine Perspektive zu eröffnen. Unser Grundsatz ist: hier geboren, hier zuhause. Gleiche Teilhaberechte sind für die Integration unverzichtbar. Mit der erleichterten Einbürgerung schaffen wir dafür die Voraussetzung“, betont der innenpolitische Sprecher Björn Fecker.

Die Handlungsspielräume voll ausschöpfen soll die Innenbehörde nach einer Initiative der Grünen mit einem Erlass auch in punkto

Abschiebungshaft. Obwohl sie sich keiner Straftat schuldig gemacht haben, können Asylsuchende laut Bundesgesetz bis zu 18 Monate in Abschiebungshaft genommen werden. Aufgrund von Sprachschwierigkeiten begreifen Betroffene oft nicht, warum sie weggesperrt werden. Die Ungewissheit über ihre Zukunft zermürbt viele Häftlinge – mit z.T. gravierenden psychischen Folgen. „Bis sich das Bundesrecht ändert, setzen wir in Bremen auf Haftvermeidung statt Isolierung“, unterstreicht Björn Fecker. Bei Minderjährigen, Schwangeren, sich im Mutterschutz befindenden Frauen, Alleinerziehenden, psychisch kranken Menschen, behinderten sowie alten Menschen ist stets von der Haft abzusehen. Das soll auch gelten, wenn die Haft zu einer Trennung von Familien führen kann. Vor einem Haftantrag soll die Ausländerbehörde zunächst Alternativen wie z.B. Meldepflichten anordnen. Nicht zuletzt ist die erste Haftanordnung auf höchstens einen Monat zu begrenzen.

Eingeführt wurde auf Antrag der Koalition auch eine Waffenkontrollgebühr. Schärfere Kontrollen sollen den Missbrauch von legalen Waffen möglichst verhindern. Das ist auch nötig, weil bei Kontrollen zahlreiche Verstöße gegen Aufbewahrungsvorschriften festgestellt wurden.

Nicht zuletzt setzt sich die Fraktion mit einem Antrag für Änderungen an der willkürlichen Erfassungspraxis der BKA-Verbunddatei ‚Gewalttäter Sport‘ ein. Bisher kann die Polizei auch Fans in der Datei speichern, die selbst keine Straftaten begangen, sich aber in der Nähe von mutmaßlichen Tätern aufgehalten haben. „Es kann nicht sein, dass Fans ohne Schuld nachweis jahrelang als Gewalttäter gespeichert werden und darüber noch nicht mal informiert werden. Keine Speicherung ohne ausreichenden Grund – das muss zum Grundsatz werden“, erläutert Björn Fecker. Für entsprechende Änderungen soll sich der Senat auf Bundesebene stark machen.

## Offshore- und Wissenschaftszentrum

# Bremerhaven im Aufwind

Die Grüne Fraktion hat die Entwicklung Bremerhavens zu einem Zentrum der Offshore-Windenergie vorangebracht. Der Bau des Offshore-Terminals ist beschlossene Sache. So können Windanlagen in Zukunft ohne Umwege auf Schiffe verladen werden. Das verschafft Bremerhaven einen entscheidenden Vorteil im Wettbewerb mit anderen Hafenstädten.

Bremerhaven ist ein bedeutender Forschungsstandort. Auf Initiative der Regierungsfractionen wurde die wissenschaftliche Infrastruktur in der Seestadt ausgebaut. So hat das Land Bremen u.a. den Bau einer Rotorblattprüfhalle und den Neubau des Fraunhofer-Institutes finanziell unterstützt.

Die Bremischen Häfen sollen grüner werden. Deshalb hat sich die Fraktion für eine ökologisierte Hafengebühr stark gemacht. Schiffe mit niedrigen Emissionswerten erhal-

ten so bis zu 10 Prozent Rabatt. „Damit bekommen Reeder und Schiffseigner konkrete Anreize, um die Flotten mit umweltfreundlicherer Technologie auszustatten“, so der hafenpolitische Sprecher Frank Willmann.

Bremerhaven meldet Jahr für Jahr Rekordumschläge. Für den Transport der Güter ist die Hafeneisenbahn unverzichtbar. Die Fraktion hat sich deshalb für umfangreiche Investitionen in den Ausbau der Schienenanlagen eingesetzt. Damit wird Bremerhavens Position als Eisenbahnhafen gefestigt.

Der kommunale Finanzausgleich ist auf Betreiben der Bürgerschaftsfraction gesetzlich neu aufgestellt worden. Der Bremerhavener Abgeordnete Ulf Eversberg betont: „Bremerhaven profitiert von den Geldern, die das Land zur Verfügung stellt, in hohem Maße. So wird die notwendige Haushaltskonsolidierung der Seestadt erleichtert.“

Die Luneplate ist Rückzugsraum für viele Tierarten und Heimat seltener Pflanzen. Das Gebiet ist auf Initiative der Grünen unter Naturschutz gestellt worden. Damit wird diese einzigartige Fläche dauerhaft geschützt.

Der Klimawandel erfordert einen angepassten Küstenschutz. Darum haben die Regierungsfractionen die Voraussetzung für eine Erhöhung von Weserdeich und Seedeich geschaffen. Gleichzeitig hat sich die Koalition dafür eingesetzt, dass das Weserstrandbad umfassend erneuert wird. So entsteht ein attraktives Erholungsgebiet inmitten der Stadt.

Die dringend erforderliche Modernisierung des Deutschen Schifffahrtsmuseums ist finanziell auf sichere Beine gestellt worden. Damit wird die kulturelle Landschaft in Bremerhaven nachhaltig gestärkt.

## Mehr Hospizplätze und präventive Hausbesuche

Viele sterbensranke Menschen warten in Bremen vergeblich auf einen Hospizplatz. Die Grüne Fraktion setzt sich deshalb dafür ein, die ambulante und stationäre Palliativ- und Hospiz-Versorgung bedarfsgerecht zu gestalten. Einen entsprechenden Antrag hat die Bürgerschaft einstimmig beschlossen. Inzwischen tagt ein daraufhin vom Senat einberufener Runder Tisch u.a. mit Kranken- und Pflegekassen sowie Trägern der Palliativ- und Hospizversorgung, um Verbesserungen zu erreichen. „Wir wollen, dass künftig wesentlich mehr Menschen der Wunsch nach einer würdevollen Sterbebegleitung erfüllt wird“, betont der alten- und pflegepolitische Sprecher Dirk Schmidtman.

Neben der Palliativstation im Krankenhaus Links der Weser und dem Hospiz ‚Brücke‘ in Walle entsteht in Schönebeck nun eine weitere stationäre Einrichtung, mit der weitere acht Plätze für die Versorgung sterbenskranker Menschen geschaffen werden. Daneben gibt es mehrere ambulante Hospizdienste. „Gerade auch die ehrenamtlich tätigen HospizlerInnen tragen erheblich dazu bei, die Lebensqualität am Lebensende zu wahren“, so Dirk Schmidtman.

Die ambulante Hilfe steht auch beim zunehmendem Unterstützungs- und Pflegebedarf im Vordergrund: Der Umzug ins Pflegeheim sollte nur eine von mehreren Alternativen sein. Die Selbstständigkeit und Selbstbestimmung älterer Menschen



Die Präventiven Hausbesuche wurden verstetigt.

in ihrem örtlichen und sozialen Umfeld soll so lange wie möglich gesichert werden. Ein wichtiger Baustein in einem aufeinander abgestimmten System ambulanter Hilfen sind die Präventiven Hausbesuche, die auf eine Initiative der Grünen Fraktion zurückgeht. Nach einem erfolgreichen Modellversuch wird dieses Angebot nun verstetigt. Nach Hemelingen und Obervieland finden die Hausbesuche auf freiwilliger Basis jetzt auch in Gröpelingen statt. Dabei geht es um die Vermittlung sozialer Kontakte,

Gesundheitsprävention sowie ambulante Dienstleistungen und Hilfen. Die Hausbesuche sollen älteren Menschen rechtzeitig dabei helfen, bei Bedarf individuelle Unterstützung zu organisieren. „Die Hausbesuche tragen erfolgreich dazu bei, dass Menschen passgenaue Hilfe erhalten und so bis ins hohe Alter selbstbestimmt in ihrem gewohnten Umfeld leben können. Das Angebot wirkt der Vereinsamung entgegen und holt alte Menschen ins gesellschaftliche Leben zurück“, so Dirk Schmidtman.

# Umweltschutz vorgebracht

**E**in langes Bremer Kapitel im Kampf für mehr Umweltschutz ist zu einem guten Ende gebracht worden: Die Uniwildnis wird auf Initiative der Grünen Fraktion als Landschaftsschutzgebiet ausgewiesen. Damit wird eines der wichtigsten Naherholungsgebiete mit schützenswerten Tieren und Pflanzen auf Dauer erhalten. Als Frischluftschneise ist die Uniwildnis auch für die Innenstadt von besonderer Bedeutung. „Der Landschaftsschutz stellt fortan sicher, dass dieses wertvolle Naturgebiet mit geschützten Tierarten wie Eisvogel und Fledermaus nicht angetastet werden darf“, unterstreicht die umweltpolitische Sprecherin Maike Schaefer.

Dem Schutz des Trinkwassers dient indes die Forderung nach einem Moratorium für Fracking. Dafür soll sich der Senat gemäß einer grünen Parlamentsinitiative auf Bundesebene ebenso einsetzen wie für ein Verbot der Verpressung von schädlichen Substanzen in Trinkwasserschutzgebieten. Fracking ist eine höchst umstrittene Methode zur Erdgasförderung, da dabei krebser-

regendes Benzol und andere Giftstoffe aus den Fracking-Abwässern ins Grundwasser gelangen können. Die Grüne Fraktion kritisiert in diesem Zusammenhang ein Fracking-Projekt im Wasserschutzgebiet Panzenberg bei Verden, aus dem Bremen gut ein Viertel seines Trinkwassers bezieht. „Solange es keine sicheren Erkenntnisse über mögliche Umweltauswirkungen, Trinkwassergefährdungen und Langzeitfolgen der Fracking-Technologie gibt, dürfen derartige Projekte in der Bundesrepublik nicht genehmigt werden“, so Maike Schaefer.

Mit Benzol und anderen Stoffen bereits belastet ist das Grundwasser in der weiteren Umgebung des Tanklagers Farge. Die Fraktion hat sich mit einem Antrag erfolgreich dafür eingesetzt, dass die aufwändige Reinigung auch nach der Aufgabe des Areals durch die Bundeswehr fortgeführt wird. Zudem sind die Behörden aufgefordert, die AnwohnerInnen besser über den Stand der Sanierung zu informieren und neu hinzuziehende BürgerInnen über die Gesundheitsrisiken aufzuklären.

Angestoßen hat die Fraktion auch eine Initiative für ein bienenfreundliches Bremen. Denn viele Wildbienen-Arten sind gefährdet. Neben Krankheiten setzen Pestizide in der Landwirtschaft und das mangelnde Nahrungsangebot aufgrund von Monokulturen den Honigbienen zu. Weil Bienen eine vielfältige Pflanzenwelt benötigen, müssen artenarme Grünflächen wie Parks und Seitenstreifen blütenreicher gestaltet werden. Die extensive Landwirtschaft in Bremen soll erhalten und die Imkerei an öffentlichen Plätzen gefördert werden, um die ökologische und ökonomische Bedeutung der Biene ins Bewusstsein zu rücken. „Ist die Biene bedroht, sind auch unsere Lebensgrundlagen bedroht“, betont Maike Schaefer.

Aufklärungsarbeit hat die Fraktion auch in punkto Plastiktüten geleistet, zu denen es umweltfreundliche Alternativen wie Jute- oder Rucksäcke gibt. Weggeworfene Plastikbeutel verschandeln nicht nur die Landschaft, sondern verseuchen auch Böden und Gewässer mit giftigen Inhaltsstoffen. Viele Tiere ersticken am Plastikmüll, den sie für Nahrung halten. Zudem verbraucht die Plastiktüte viel Energie und schadet mit hohem CO<sub>2</sub>-Ausstoß dem Klima.

Damit die Bremischen Häfen nicht als Schlupfloch für illegale Elektroschrott-Transporte dienen, soll der Senat effektive Kontrollen ermöglichen. Diesen Antrag haben die Grünen initiiert, weil Kinder in Afrika den Wohlstandsmüll unter gesundheitsgefährdenden Bedingungen auseinandernehmen müssen. Die giftigen Dämpfe und Schwermetalle gefährden die Kinder, aber auch die Umwelt.



## Letzte Ruhe am Lieblingsort ermöglichen

**V**iele Menschen wollen mittlerweile ihre letzte Ruhestätte selbst bestimmen. Die meisten wünschen sich, dass ihre Asche an ihrem Lieblingsort ausgestreut wird. Manche möchten die Urne zu Hause aufbewahrt wissen. In den Niederlanden, Spanien oder auch Frankreich bekommen die Angehörigen die Urne auf Wunsch längst ausgehändigt. Hierzulande gilt hingegen mit Ausnahme der Seebestattung der Friedhofszwang. Die Folge: Die Hinterbliebenen sind gezwungen, beim Erfüllen des letzten Wunsches illegale Wege zu beschreiten. Verstorbene werden zur Einäscherung in ein Krematorium ins liberale

Ausland gebracht, die Urne dann heimlich nach Deutschland zurückgeholt. Die Grüne Fraktion hat eine Initiative zur Reform des Bestattungsrechts auf den Weg gebracht, damit Urnen künftig ausgehändigt werden können.

„Der zunehmende ‚Leichentourismus‘ ist für die Verstorbene und ihre Angehörigen würdelos. Es ist vielmehr ein Zeichen von Pietät, den individuellen Bestattungswunsch besser zu respektieren. Ein Wald oder eine Blumenwiese, auf der die Asche der Verstorbene auf deren Wunsch verstreut wird, kann genauso ein gemeinsamer Erinnerungs- und Trauerort für die

Hinterbliebenen sein wie der Friedhof. Auch die Aufbewahrung der Urne zu Hause sollte ermöglicht werden. Gerade für ältere Menschen, die wegen eingeschränkter Mobilität den Friedhof nicht mehr aufsuchen können, kann es ein Trost sein, ihren Verstorbenen in der Nähe zu wissen und so Trauerarbeit zu leisten“, erklärt die umweltpolitische Sprecherin Maike Schaefer.

Um pietätlose Folgen zu vermeiden, könnte die Aushändigung der Urne an eine reservierte Grabstelle geknüpft werden. So wäre sichergestellt, wo die Urnen am Ende bleiben. Über die Details der Reform wird noch mit aller Sorgfalt weiter beraten.

# Es trifft jede 4. Frau



In jeder vierten Partnerschaft werden Frauen geschlagen oder gedemütigt. Einschreiten statt Wegschauen – nur das kann den betroffenen Frauen helfen. Wer Opfer von häuslicher Gewalt, Vergewaltigung oder sexuellem Missbrauch geworden ist, benötigt schnelle und wirkungsvolle Unterstützung. Bremen verfügt über Hilfe- und Beratungsstellen, die sehr gute Arbeit leisten. Allerdings hat sich die Zahl der Hilfesuchenden erhöht, während die Zuschüsse seit

Jahren stagnierten. Damit betroffene Mädchen und Frauen in ihrer akuten Notlage nicht auch noch lange Wartezeiten ertragen müssen, haben die Regierungsfractionen die Zuschüsse für ‚Schattenriss‘, ‚Notruf für vergewaltigte Frauen und Mädchen‘, ‚Neue Wege‘ und den ‚Frauengesundheitstreff Tenever‘ aufgestockt. „Wer geschlagen oder missbraucht wird, braucht Zufluchtsstätten und rasche Hilfe. Die Beratungsstellen mit ihrem qualifizierten Personal sind dafür

unverzichtbar. Neben dem Schutz der Opfer ist es auch wichtig, bei den Tätern eine Verhaltensänderung zu bewirken, um die Spirale der Gewalt zu durchbrechen. Mit dem Projekt ‚Väter schützen ihre Kinder‘ gibt es einen ersten erfolgsversprechenden Ansatz. Das muss aber noch intensiviert werden“, betont die frauenpolitische Sprecherin Doris Hoch.

Zudem setzen sich die Regierungsfractionen dafür ein, Zwangsprostituierten besser zu helfen und den Menschenhandel wirksamer zu bekämpfen. Mit einem Antrag hat die Koalition neben der intensiveren Betreuung der betroffenen Frauen u.a. gefordert, dass staatliche und nichtstaatliche Stellen auch über Landesgrenzen hinweg noch intensiver zusammenarbeiten. Nicht zuletzt soll der Senat auf Bundesebene darauf hinwirken, dass aufenthaltsrechtliche Hindernisse zur Betreuung der Opfer und Strafverfolgung der Täter beseitigt werden. Obwohl aussagebereite Frauen oft lange auf den Prozess warten müssen, haben sie während dieser Zeit keinen Zugang zu Hilfesystemen, Integrationskursen und Bildung. „Es ist unsere humanitäre Pflicht, diese Frauen zu unterstützen. Ihnen muss geholfen werden, das Erlebte zu verarbeiten und in ein möglichst normales Leben zu finden“, bekräftigt Doris Hoch.

## Bessere Unterstützung für PatientInnen

Konsequente PatientInnenorientierung und -unterstützung sowie Prävention sind zentrale Punkte grüner Gesundheitspolitik. Das spiegelt sich in den Initiativen der Fraktion wider.

So haben sich die Grünen mit ihrem Koalitionspartner u.a. um Verbesserungen für psychisch erkrankte Menschen gekümmert. Viele psychisch kranke Menschen werden im psychiatrischen Hilfesystem häufig zu spät erreicht und somit unzureichend behandelt. Bei der Weiterentwicklung der Psychiatriereform in Bremen soll nun ein Gesamtkonzept für die regionale Pflichtversorgung erstellt werden. Das neue Psychatrieentgeltgesetz von Schwarz-Gelb enthält neben vielen Fehlanreizen einen wichtigen Passus, der modellhafte alternative Behandlungs- und Finanzierungsformen ermöglicht. „Das ist eine Chance, die wir für Bremen nutzen wollen. Unser Antrag sieht vor, für die Region Bremen und Bremerhaven ein innovatives Finanzierungssystem zu entwickeln, das etwa durch Regionalbudgets die starren Sektorgrenzen im Gesundheitssystem überwindet. Wir wollen Anreize setzen, die zu einer ambulanten Ausrichtung der Versorgung

führen und die passgenaue Behandlung über die verschiedenen Sektoren hinweg sicherstellen. Damit könnte Bremen zum Zukunftslabor für eine menschengerechte psychiatrische Versorgung werden“, erklärt die gesundheitspolitische Sprecherin Kirsten Kappert-Gonther. Zugleich soll die Prävention gestärkt werden. Psychische Erkrankungen sind heute eine der Hauptursachen von Krankschreibung und Frühverrentung. Ein weiterer Antrag zielt deshalb darauf ab, zunächst in den Schulen und Bremer Betrieben Initiativen zur Förderung der seelischen Gesundheit zu starten.

Stark gemacht haben sich die Koalitionsfractionen auch für freiberufliche Hebammen. Die geringen Gebühren, die sie für ihre Tätigkeiten abrechnen können, stellen Hebammen vor existenzielle Probleme. Hinzu kommt: Sie haften für Folgen aus Geburtskomplikationen 30 Jahre lang allein und finden kaum Versicherer. Der Senat soll sich im Bundesrat für die wirtschaftliche Existenzfähigkeit von Hebammen einsetzen. „Hebammen leisten eine unersetzliche Arbeit. Ist ihre Existenz bedroht, ist auch das Recht werdender Mütter auf freie Wahl

des Geburtsorts und eine Hebamme ihres Vertrauens gefährdet“, warnt die gesundheitspolitische Sprecherin Doris Hoch.

Jedes dritte Kind kommt in Bremen indes per Kaiserschnitt zur Welt. Um die hohe Kaiserschnitt-Rate zu senken, hat die Fraktion den Anstoß für ein ‚Bündnis für natürliche Geburten‘ gegeben. „Wenn ein Kaiserschnitt medizinisch zwingend erforderlich ist, rettet er Leben. Wenn eine Frau allerdings die Wahl zwischen OP oder einer natürlichen Geburt hat, ist letztere für Mutter und Kind die deutlich bessere und gesündere Variante“, so Kirsten Kappert-Gonther.

Zudem setzt sich die Grüne Fraktion weiter für Asbest-Geschädigte ein. In Bremen gibt's tausende betroffene ehemalige Werftarbeiter. Viele müssen vor Gericht darum kämpfen, eine Rente als anerkannte Opfer einer Berufskrankheit zu erhalten. Der Nachweis einer Berufskrankheit ist u.a. wegen fehlender Daten der Unternehmen schwer. „Wir wollen über den Bundesrat eine Umkehr der Beweislast erreichen. Auch die Beratungsstelle für Betroffene soll nach der Pilotphase abgesichert werden“, bekräftigt Doris Hoch.

# Kreativwirtschaft stärken!



Bremen ist eine Stadt der Kreativen. Die Kultur- und Kreativwirtschaft mit Unternehmen und FreiberuflerInnen aus Bereichen wie Software-Entwicklung, Design, Medien oder Architektur entwickelt sich zu einem wichtigen Standortsektor. Um diese Entwicklung zu flankieren, haben die Regierungsfraktionen eine Wachstumsstrategie beschlossen, die die Erfolge der Kreativen in Bremen und Bremerhaven stärker sichtbar macht und als ‚Leuchttürme‘ eines von Innovation und Weltoffenheit geprägten Standortes etabliert. Dafür hat die Koalition für die Jahre 2012/13 eine Million Euro als Investitionszuschüsse zur Verfügung gestellt. Beim Wettbewerb der Ideen unter Beteiligung der Kreativen zeichnen sich die ersten Projekte ab: sie reichen vom Containerdorf für Starter vom Autonomen Architektenatelier über Netzwerkräume im neu vernetzten Zentrum der Kreativwirtschaft in der alten Schnapsfabrik bis zu Lichtprojektionen im Bereich des Marktplatzes. „Wir wollen die Kultur- und Kreativwirtschaft als boomenden und für Bremen bedeutsamen Wirtschaftsbereich bedarfsgerecht fördern. Neben richtig gesetzten Impulsen geht’s dabei insbesondere auch um Vernetzung mit anderen Innovationsbereichen, aber auch um gute Rahmenbedingungen wie z.B. die Zwischennutzung leer stehender öffentlicher Gebäude“, so der wirtschaftspolitische Sprecher Ralph Saxe.

Innovationsprozesse, die unkonventionellen Ideen und Wegen genügend Raum geben, haben eine Schlüsselfunktion, um die daraus resultierenden Impulse zu nutzen. „Die Kreativen sind längst Impulsgeber und Innovationsmotor für viele traditionelle Wirtschaftszweige. Davon profitiert ein Standort insgesamt. Bremen tut das Kreative und Quirlige gut“, bekräftigt der kulturpolitische Sprecher Carsten Werner.

## Breitensport verlässlich unterstützt

Die vielfältigen Sportangebote tragen neben der Gesundheitsförderung auch erheblich zum gesellschaftlichen Zusammenhalt und zur Lebensqualität bei. Der Bremer Sport kann auf die verlässliche Unterstützung der Grünen Fraktion zählen. Die Übungsleiterpauschale bleibt sicher. SportlerInnen benötigen intakte Sportstätten. Die Fraktion setzt sich im Rahmen der finanziellen Realitäten dafür ein, wohnortnahe und moderne Sportanlagen zu unterstützen. Mit den Sportfördermitteln konnten u.a. die Laufbahn-Sanierung der

Bezirkssportanlage Huchting und ein zusätzlicher Umkleidetrakt auf der Sportanlage Rablinghauser Groden auf den Weg gebracht werden. Neben der Unterstützung etlicher kleinerer Projekte wurde mit Betriebskostenzuschüssen auch der Weiterbetrieb der Sportbäder in Grohn und am Osterdeich sichergestellt – auch um dem Trend von immer mehr Nichtschwimmern unter Kindern entgegenzuwirken. „Uns ist ein lebendiges Sportangebot in der Stadt wichtig. Wir wollen gute Bedingungen für die Aktiven erhalten“, so der Sportpolitiker Mustafa Öztürk.

### Impressum



**Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN**

**in der Bremischen Bürgerschaft**

**Schlachte 19/20, 28195 Bremen**

**Tel.: 0421 /3011-0**

**E-Mail: [fraktion@gruene-bremen.de](mailto:fraktion@gruene-bremen.de)**

**ViSDP: Matthias Makosch**

**Texte: M. Makosch, C. Kulmann**

**Fotos: E. Meyer, iStockphoto, PETA,**

**Uni Bremen, M. Makosch**

**Druck: Geffken & Köllner, Bremen**